

Änderungsanträge für die 2. Tagung des 9. Landesparteitags am 12.04. in Karlsruhe

Eingereicht durch die LAG Frieden (Claudia Haydt)

1) Nach Zeile 26

Ein weiteres zentrales Alleinstellungsmerkmal ist unser konsequenter Einsatz gegen Aufrüstung und Krieg. Die sogenannte Zeitenwende führt tiefer in eine existentielle Sackgasse für unsere Gesellschaft und für unseren gesamten Planeten. Aufrüstung verschlingt die dringend benötigten Ressourcen für Wohnungsbau, für den sozialökologischen Umbau, für das Gesundheitssystem und vieles mehr. Sie vergrößert die Kriegsgefahr und verstärkt die globale Konfrontation, anstatt diese zu überwinden. Wir fordern eine konsequente Friedenspolitik durch Abrüstung. Wir stellen uns entschieden dagegen, wenn Kretschmann und andere die Arbeitsplätze in der strauchelnden Automobilindustrie durch den Ausbau der Rüstungsindustrie ersetzen wollen. Wir fordern: Züge statt Panzer. Wir sagen Nein zur Wiedereinführung der Wehrpflicht. Wir lehnen ab, Wissenschaft und Bildung in den Dienst des Militärs zu stellen. Wir sind überzeugt, dass die wichtigste Menschheitsaufgabe heißt, Frieden herzustellen und dies nur zivil und kooperativ gelöst werden kann.

Begründung:
mündlich

2) Ab Zeile 28
unformulieren/ergänzen:

"Wir stellen konsequent die soziale Frage und zeigen, dass ohne Aufrüstung die Handlungsmöglichkeiten für Soziales deutlich größer wird. Damit treiben wir die Bundesregierung vor uns her."

Begründung:
mündlich

Eingereicht durch die AKL (Werner Ott)

1) nach Z. 2 einfügen: " Weiter Partei und Gegenmacht aufbauen!"

2) Z. 28 f. streichen: "und treiben die Bundesregierung damit vor uns her."

3) Z. 31 einfügen nach "...Mietencheck)": "und fördern die Selbstorganisation."

4) Z.37 f. ändern in "Nun gilt es, unsere Bildungsangebote mit den Interessen der Neumitglieder zu verbinden", "um unsere Kampagnenarbeit..."

Rest des Satzes bleibt.

5) Z. 64 ersetzen: " Gesichter" durch "Kandidierende"

Begründung erfolgt jeweils mündlich vor Ort.

Eingereicht von Einzelperson, muss nicht behandelt werden:

Eingereicht durch Erika Filp (KV Reutlingen)

Der Parteitag möge beschließen:

Der Antrag wird um folgenden Absatz ergänzt:

Alt:

"Als einzige aller Parteien im Bundestag haben wir klare Haltung gegen rechts und rechte Diskurse in der Migrationspolitik gezeigt. Der Kampf gegen Rechts wird bei einem AfD-Ergebnis von 20,8% eine der drängendsten Aufgaben in und außerhalb der Parlamente sein. Diesen führen wir im Gegensatz zu anderen Parteien nicht allein durch formale Abgrenzungs-Rhetorik, sondern durch klare Kante gegen Rechts. Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit der AfD strikt ab, auf allen politischen Ebenen. Weder kommunal noch im Bund: Wir stimmen keinen Anträgen der AfD zu und schließen Mehrheiten mit der AfD aus. Wir unterstützen und sind Teil von Bündnissen und Initiativen, die sich gegen eine Normalisierung der AfD einsetzen."

Neu (Ergänzung am Ende):

"Gleichzeitig hören wir den Menschen in der Gesellschaft genau zu. Wir nehmen ihre Sorgen, ihre alltäglichen Herausforderungen und ihre Ängste ernst. Denn der Kampf gegen Rechts kann nur erfolgreich sein, wenn wir zugleich für soziale Sicherheit, gute Arbeit, bezahlbaren Wohnraum und eine gerechte Gesellschaft kämpfen – für alle."

Begründung:

Die Bekämpfung rechter Ideologien und der AfD kann nicht allein durch Abgrenzung geschehen. Es ist notwendig, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen, um sozialer Spaltung entgegenzuwirken und progressive Alternativen aufzuzeigen.